

**Stellungnahme
zum Entwurf der Haushaltssatzung 2020**

**Sigrid Heusel
Fraktionsvorsitzende**

Herr Oberbürgermeister Arnold,
Herr Erster Bürgermeister Dr. Bläse,
Herr Bürgermeister Mihm,
Herr Kämmerer Bantel,
meine sehr geehrten Herren und Damen,

für die städtischen Finanzen ist die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland und selbstverständlich auch weltweit, grundlegend. "Amerika first", der "Brexit" oder das Corona-Virus hinterlassen Bremsspuren auf dem weltweiten Markt und die Folgen werden auch in Gmünd spürbar sein. Rosige Zeiten sehen anders aus.

Vor allem, auch mit Blick auf die Entwicklung bei Bosch AS, die eher sprachlos macht.

Bis 2026 sollen insgesamt knapp 3000 Arbeitsplätze wegfallen - dass heißt, der Standort würde halbiert werden. Ist das dann schon die ganze Wahrheit? Über die Unternehmensplanung werden die Mitarbeiter, wie in der Presse zu lesen ist, offenbar scheinbarweise informiert.

Dass neue Aufträge nicht nach Gmünd, sondern nach Ungarn gehen sollen, zementiert den Eindruck, dass der Standort GD abgewickelt werden soll.

Profitdenken kontra sozialer Verantwortung?

Verehrte Gemeinderatskolleginnen, Herr Oberbürgermeister, ich denke, hier sind wir alle gefragt. Es geht nicht nur um das Unternehmen Bosch AS, es geht um uns alle in Schwäbisch Gmünd, im ganzen Ostalbkreis und in der ganzen Region. Es geht um fast 3000 Mitarbeiter und ihre Familien! Was ist eine Stadt, was sind Menschen, was sind Schulen, Kitas und Krankenhäuser eigentlich wert, wenn am Ende nur der schnelle Profit zählt? Deshalb ist Bosch ein Thema für alle in Gmünd! Wir müssen uns auf Zusagen von Firmen verlassen können - als Mitarbeiter, aber auch als politisch Agierende! Darauf müssen wir bestehen! - und auch gemeinsam mit den Beschäftigten gegen Gewinnmaximierung und Standortverlagerung auf die Straße gehen!

Liebe Kollegen und Kolleginnen, auch hier im Gemeinderat haben wir die Aufgabe, gemeinsam mit der Verwaltung, unsere Stadt auf die großen Herausforderungen der Zukunft vorzubereiten. Das Ziel ist eine dauerhafte Sicherung der Daseinsvorsorge und damit auch das Gelingen eines solidarischen Miteinanders aller Bürger, ob Neubürger oder alteingesessene Bürgerin, unserer Stadt.

Auch haben wir die Verantwortung, sowohl eine intakte Umwelt als auch einen geordneten Finanzhaushalt, mit Raum für notwendige Zukunftsinvestitionen, an die junge Generation zu übergeben.

In einem ersten Schritt hat die SPD-Gemeinderatsfraktion einen fraktionsübergreifenden Antrag "Lebenswerte Altstadt" mit auf den Weg gebracht. Wir sehen hierin einen nachhaltigen Entwicklungsschritt für die BürgerInnen der Gesamtstadt, denn die Altstadt ist für die Versorgung der Menschen mit dem Notwendigen zum Dasein, für Wohnen und Arbeiten, aber auch für kulturelle Bedürfnisse und Naherholung ein wichtiger Lebensraum. Auch in Fragen des Klimaschutzes und der Mobilität wollen wir vorankommen. Zusätzlich haben wir beantragt, dass sich die Stadt Schwäbisch Gmünd als Modellkommune für das "Kompetenznetz Klima Mobil" beim Land Baden-Württemberg bewirbt. Neben einem erweiterten Know-how und Beratungsleistungen würde es für die Stadt auch finanzielle Unterstützung bedeuten.

Den gemeinsamen Antrag der Fraktionen von Bündnis90/Die Grünen, Die Linke, Freie Wähler Frauen, Die Bürgerliste, FDP und der SPD haben wir gestern der Verwaltung zugestellt und in einem Pressegespräch mit der Gmünder Tagespost und der Rems-Zeitung näher erläutert. Wichtig sind uns Erhalt und Ausbau eines attraktiven Einzelhandels,

klimaschonenden Mobilität sowie gute Arbeitsplätze, ausreichend bezahlbarer Wohnraum und die Weiterentwicklung der Altstadt als Treffpunkt mit Naherholungsfunktion. Wir freuen uns auf die Diskussion des Antrags hier im Gemeinderat und hoffen auf die Zustimmung aller Fraktionen.

An dieser Stelle möchte ich nochmals auf einen Antrag der SPD-Fraktion vom letzten Jahr zurückkommen.

Wir hatten beantragt, dass künftige Entwicklungen städtischer Projekte oder Baugebiete, bereits im Vorfeld von Entscheidungen, verstärkt unter dem Aspekt des Klimaschutzes diskutiert werden. Leider wurde unser Antrag mehrheitlich hier im Gemeinderat abgelehnt. Stattdessen rief OB Arnold unter dem Eindruck der Kommunalwahl dann einen KLIMARAT ins Leben. Es gab einen sehr interessanten Vortrag von Prof. Dr. Sobek im Oktober letzten Jahres. Seitdem sind rund fünf Monate vergangen und weiter gab es keine konkreten Veranstaltungen. Die nächste Vortragsveranstaltung ist nun für Mai angekündigt und soll das Thema "Erneuerbare Energien" näher beleuchten. Selbstverständlich begrüßen wir die angekündigten Vorträge, aber Herr Oberbürgermeister, verehrte KollegInnen des Gemeinderates, **so** hatten wir uns einen Klimabeirat nicht vorgestellt.

Wir wollen in einen intensiveren Dialog mit Bürgern und Fachleuten zum verantwortungsvollen Umgang mit den Ressourcen unserer Umwelt einsteigen.

Daher beantragen wir in 2020 erneut,

dass zukünftige städtische Projekte oder Baugebiete auf ihre Vereinbarkeit mit Zielen des Klimaschutzes frühzeitig vor Entscheidungen diskutiert werden. Für die Beratung von Gemeinderat und Verwaltung wird ein Klimabeirat eingerichtet.

NHW Antrag B1.

Verehrte Kollegen und Kolleginnen, Herr Oberbürgermeister, Herr Dr. Bläse, die **Betreuung für die Kleinsten** in unserer Stadt zu organisieren, ist sowohl personell als auch finanziell eine wahre Herkulesaufgabe. Ausdrücklich unterstützen wir den geplanten Ausbau der Kinderbetreuung und anerkennen die großen Anstrengungen der Verwaltung, den Bereich der frühkindlichen Bildung, auf hohem Niveau, weiter zu optimieren. Wir sind stolz, auf das, was hier in der Stadt im Bereich der Kinderbetreuung bereits geleistet wurde. Herr Dr. Bläse, Ihnen und dem Team im Amt für Bildung und Sport sagen wir ein **großes Dankeschön** für Ihr uneingeschränktes "Ja" zum vielfältigen Ausbau der Kinderbetreuung.

Diesen Weg wollen wir weiter gehen und neu ausgestalten.

Sie alle wissen, dass es den Mitgliedern der SPD ein besonderes Anliegen ist, für die frühkindliche Bildung eine Beitragsfreiheit auf den Weg zu bringen, denn es ist eine sozialdemokratische Grundhaltung, dass Bildung nichts kosten darf - nicht in der Schule, nicht im Studium und auch nicht in der Kita.

In fast allen Bundesländern gibt es landesweite Regelungen zur Reduktion von Kita-Gebühren und teilweise auch die vollständige Gebührenfreiheit. Nur Baden-Württemberg und Sachsen bewegen sich bei der Gebührenfreiheit bislang gar nicht. Trotz knapper Kassen hat z.B. Rheinland-Pfalz schon 2010 mit der schrittweisen Abschaffung von Kitagebühren begonnen und damit klare Prioritäten für Familien und Kinder in ihrem Land gesetzt. Auch Baden-Württemberg sollte nun ein starkes Signal für Familien setzen. Frau Kultusministerin Eisenmann ist hier in der Pflicht.

Die SPD fordert, dass die Mehrkosten zu hundert Prozent von Bund und Land übernommen werden. Vom Bund werden über das Gute-Kita-Gesetz rund 730 Mio. Euro zur Qualitätsverbesserung nach Baden-Württemberg überwiesen. Diese Summe muss 1:1 an die Kommunen weitergegeben und um einen zusätzlichen Anteil des Landes von rund 530.000 Euro für die Beitragsfreiheit aufgestockt werden. Darüber hinaus fordern wir Land

und Bund auf, die Kommunen finanziell so auszustatten, dass wir nicht weiter einen Flickenteppich bei den Gebühren haben, sondern endlich die Kitagebühren abschaffen können.

Verehrte Mitglieder des Gemeinderates, Heilbronn, Künzelsau und Schwäbisch Hall haben sich eigenständig auf den Weg gemacht. Kämpfen wir gemeinsam mit ihnen für die gebührenfreie Betreuung der Kleinsten in unserer Stadt. Gleiche Bildungschancen für alle Kinder dürfen nicht am Geldbeutel der Eltern scheitern.

Für Schwäbisch Gmünd wollen wir deshalb einen ersten Schritt gehen.

Die SPD-Fraktion beantragt Beitragsfreiheit für eine Betreuung von 25 Wochenstunden für Kinder ab 3 Jahren. **Täglich fünf Stunden Betreuung zum Nulltarif.**

Laut Auskunft der Stadtverwaltung erheben wir in Gmünd für die Betreuung von Kindern in Ü3- und U3-Betreuung Elternbeiträge von rund 3.012.869 Euro. **Eltern zahlen für Kinder in Ü3-Betreuung einen Betrag von jährlich rund 2 Mio. Euro.** Für vier Monate im Jahr 2020 sprechen wir über rund 650.000 Euro. Da wir in 2020 nur eine Beitragsfreiheit für 5 x 5 Stunden beantragen, würden für verlängerte Öffnungszeiten wieder Elternbeiträge hinzukommen. Die konkreten Beträge wird uns die Verwaltung sicher noch zur Verfügung stellen können.

Herr Oberbürgermeister,

wenn das Land seine Hausaufgaben erledigt und endlich in die Gebührenfreiheit einsteigt, darf es für die Stadt Schwäbisch Gmünd, keine finanziellen Nachteile geben.

HW Antrag A1.

Zur Qualitätsverbesserung ist es weiterhin notwendig die Ausbildungsplätze für Erzieherinnen auch zahlenmäßig zu erhöhen. In Zusammenarbeit mit St. Loreto werden in Gmünd praxisintegrierte Ausbildungsplätze (PIA) zur Verfügung gestellt, die nicht auf den Personalschlüssel angerechnet werden. Das ist vorbildlich.

Die SPD-Fraktion bittet um Auskunft, ob in 2020 für alle städtischen Einrichtungen, zusätzliche Ausbildungsstellen geschaffen werden können.

Im Februar hatten wir im VA eine Diskussion mit Elternvertretern über die Flexibilisierung der Betreuungszeiten in den Kitas. Nicht alle Eltern benötigen die maximale Betreuungszeit, z.B. von 10 Stunden, für jeden Wochentag. Es wurde der Wunsch formuliert, dass Kern- und Randzeiten neu überdacht werden sollten.

Die SPD-Fraktion bittet die Verwaltung, den Gemeinderat darüber zu informieren, ob die Kitas hierzu schon neue Konzepte für die Eltern erarbeitet haben.

Auch wurde die Staffelung der Gebühren nach Einkommen angeregt. Diese Diskussion muss auf die Tagesordnung von VA und SozA gesetzt werden.

Bildung vor die Klammer

ist seit bald 20 Jahren Leitmotiv für die Investitionen im Haushalt der Stadt. Und trotzdem haben wir immer noch einen großen Investitionsbedarf.

2020 ist geplant 9,2 Mio. Euro (WV 4 Mio. € und Neu 5,2 Mio. €) in Schulen und Betreuungseinrichtungen zu investieren. Da dürfen keine Abstriche gemacht werden, der Investitionsstau muss weiter abgebaut werden.

Beim **DigitalPakt Schule** hatte sich die Landesregierung ja bekanntlich ins Bremserhäuschen verzogen. Umso mehr freuen wir uns nun, dass der Bundeszuschuss von insgesamt 5 Mrd. Euro nun auch in Baden-Württemberg wirksam verteilt werden kann. Besser spät als nie.

585 Mio. Euro bis 2024 für die Schulen. Finanzhilfen, die die Schulträger dringend benötigen.

Das Kultusministeriums gibt auf seiner Homepage bekannt, dass der Eigenanteil der Träger durch teilweise Refinanzierung vom Land auf faktisch rund 5,4% reduziert werde. Bei meiner Recherche im Haushalt bin ich allerdings auf einen Eigenanteil von rund 18% gekommen.

Deshalb bitte ich die Verwaltung um eine Information darüber, wie hoch die prozentuale Förderung durch das Land Baden-Württemberg für Schwäbisch Gmünd letztendlich ausfällt.

Sehr geehrte Herren und Damen,
der **Wohnungsmarkt** ist angespannt. Für die SPD-Fraktion Anlass, über weitere Maßnahmen zur Versorgung der Bürgerschaft mit ausreichendem und bezahlbarem Wohnraum zu beraten.

Ja, weiterhin muss eine "nachhaltige und kontinuierliche Baulandpolitik" mit Verdichtung bereits bestehender Baugebiete, "die neben städtebaulichen und landschaftlichen Aspekten gleichzeitig dem Klimaschutz und der klimaökologischen Eignung Rechnung trägt" die Wohnungssituation verbessern. Da sind wir ganz bei Ihnen, Herr Oberbürgermeister.

Aber, wir dürfen uns nicht in blumigen Formulierungen verlieren. Es muss ganz konkret benannt werden, welche Schwerpunkte gesetzt werden sollen.

Was heißt "nachhaltige und kontinuierliche Baupolitik"?

Nachhaltig bedeutet für uns ganz konkret, dass nachwachsende Rohstoffe und recyclingfähige Materialien zum Bauen Verwendung finden und gleichzeitig die energetische Eigenversorgung in den Baugebieten als Standard vorgegeben wird.

Nachhaltig bedeutet für uns, dass der Flächenverbrauch auf ein absolut notwendiges Maß begrenzt wird und der Bauprozess insgesamt Klimaneutral oder Klimaverbessernd erfolgt.

Nachhaltig bedeutet für uns auch, dass Baulandentwicklung vor allem zur Stabilisierung der Infrastruktur für die Bürgerinnen und Bürger von Innenstadt und Stadtteilen verstanden werden muss. Dies aus dem Wissen heraus, dass zur Aufrechterhaltung von ärztlicher Versorgung, Einkaufsmöglichkeiten, für Bildungs- und Betreuungseinrichtungen und vielem mehr, auch eine gewisse Einwohnerzahl vorhanden sein muss.

Nachhaltig bedeutet für uns nicht zuletzt auch eine gute Durchmischung der Bewohner in den einzelnen Wohngebieten sowie ein breites Angebot an verschiedenen Wohnformen für das Zusammenleben von Jung und Alt.

Nachhaltig bedeutet für uns, dass das unmittelbare Lebensumfeld der Menschen ausreichend Raum für Erholung, Freizeit und für das Miteinander im jeweiligen Wohngebiet anbietet.

Unter oben genannten Voraussetzungen werden wir die Weiterentwicklung von Baugebieten im Gemeinderat auch künftig konstruktiv begleiten.

Besonders wichtig ist der SPD-Fraktion das Erstellen von bezahlbarem Wohnraum. Es gibt in Deutschland und anderen Ländern bereits innovative Konzepte zu klimaneutralem Bauen bei trotzdem geringen Baukosten. Damit sollte sich der Gemeinderat intensiver befassen - vielleicht auf einer Informationsfahrt. Wir würden uns freuen, wenn das Baudezernat uns hierfür Vorschläge unterbreiten würde.

Wichtig war auch die Wohnraumoffensive - Raumteiler, über die, wie Sie, Herr Oberbürgermeister, in Ihrer Rede ausgeführt haben, letztendlich für 237 Menschen Wohnraum zur Verfügung gestellt werden konnte.

Anfang März konnten wir in der Presse lesen, das 2019 in Baden-Württemberg rund 900 Wohnungen mithilfe von Landesmitteln gebaut wurden. Trotzdem scheint der Bestand an Sozialwohnungen zu sinken. Verlässliche aktuelle Zahlen gibt es laut

Landeswirtschaftsministerium nicht. Der Vorsitzende des Mieterbunds im Land kritisiert: "Zwischen Bedarf und dem Erreichtem klafft eine Riesenlücke." Es zeigt sich, dass der Bedarf noch immer nicht ausreichend erfüllt wird.

Daher beantragt die SPD-Fraktion wiederholt, dass die Vergabe von Baugrundstücken an Investoren an die Erstellung von mindestens 25% sozial gebundenem Mietwohnraum im jeweiligen Projekt gekoppelt wird.

Alternativ könnte dieses Ziel auch erreicht werden, wenn eine sozialverträgliche Mietobergrenze für mindestens 10 Jahren vertraglich festgelegt wird.

Die Vorgabe ist mittels eines städtebaulichen Vertrags zu regeln.

Verehrte Kollegen und Kolleginnen im Gemeinderat, hier muss endlich etwas passieren!

Wir stellen einen entsprechenden NHW Antrag B2.

Herr Oberbürgermeister, auf den Bericht der AG "Bezahlbarer Wohnraum", den Sie für nächste Woche angekündigt haben, sind wir natürlich sehr gespannt.

Zusätzlich beantragt die SPD-Fraktion, dass bis zur Sommerpause 2020 eine umfassende Unterrichtung mit Aussprache über die Aktivitäten und Ziele der städtischen Wohnungsbaugesellschaft (VGW) auf die Tagesordnung des Gemeinderates gesetzt wird. NHW Antrag B3.

Abschließend zur Thematik "Wohnen" möchte ich noch ein Thema aufnehmen, dass wir im Zusammenhang mit der von Ihnen, Herr Oberbürgermeister, in Aussicht gestellten Arbeitsgruppe "Standort GD 2030" diskutieren wollen,

nämlich die Bezifferung der Kosten, die durch Einwohnerzuwachs entstehen.

Das ist sicher nicht einfach, aber das NKHR sieht vor, dass für die Haushaltsplanung Ziele formuliert und Kennzahlen erarbeitet werden.

Grundlage dafür ist, dass wir wissen, ab welchem Einwohnerzuwachs zusätzliche Kosten die Mehreinnahmen übersteigen und der Saldo negativ wird.

Wie ich bereits ausgeführt habe, sollte ein Einwohnerzuwachs der Verbesserung der Lebensqualität für Bürger und Bürgerinnen in den einzelnen Wohngebieten und damit in der Gesamtstadt dienen.

Arbeiten - Wirtschaftsstandort

Ein elementarer Bestandteil für einen stabilen Wirtschaftsstandort ist, dass dieser auf eine ausgeprägte Diversifikation bauen kann. In und um Schwäbisch Gmünd haben wir in den letzten Wochen und Monaten zu spüren bekommen, was es bedeutet, wenn ein Standort abhängig von einer Branche ist.

Deshalb fordern wir auch im Rahmen, der von Ihnen, Herr Oberbürgermeister, ins Leben gerufenen Initiative "AG Standort GD 2030", dass wir einen effizienten, ökologischen und ökonomischen Aus- und Umbau für unseren Wirtschaftsstandort Schwäbisch Gmünd anstreben.

Denn der bevorstehende Transformationsprozess wird für Gmünd, aber ebenso für alle Beschäftigten große Herausforderungen mit sich bringen. Zu hoffen, dass die Unternehmer dies alleine schaffen ist eine Illusion. Denn die Menschen brauchen Unterstützung.

Qualifizierung wird eine der maßgeblichen Herausforderungen für die nächsten Jahre sein. Gemeinsam mit der Wirtschaft müssen Lösungen für und mit den Menschen gestaltet werden. Die Arbeitnehmer müssen in dieser grundlegenden Veränderung begleitet und mit sinnvollen Instrumenten unterstützt werden.

Der Startschuss wurde getätigt, aber jetzt wird es darauf ankommen, wie die weitere Lösungsfindung vonstattengeht. Es bedarf einer breiten Beteiligung mit allen Verantwortlichen aus Wirtschaft und Politik! Der „Runde Tisch 2030“ kann für andere Kommunen als Leuchtturm dienen.

In unserem Gmünd müssen wir für nachhaltige Beschäftigung sorgen, denn nur so können wir den sozialen Frieden aufrechterhalten. Die Bürgerinnen und Bürger müssen die Möglichkeit auf selbstbestimmte Arbeit haben. Hierfür müssen wir Sorge tragen.

Für die wirtschaftliche Entwicklung ist der Tourismus ein wichtiges Standbein. Leider können wir noch immer keine Erfolgsmeldung in Sachen Jugendhotel vernehmen. Das Thema sollte dieses Jahr wieder auf die Tagesordnung kommen.

Herr Oberbürgermeister,
verehrte Kollegen und Kolleginnen,

Der Einzelhandel ist das Herz unserer Altstadt neben Gastronomie, Dienstleistungen, Wohnen, Kultur und vielem mehr.

Doch, wie in anderen Städten, läuft es beim stationären Einzelhandel nicht wirklich rund. Wir befinden uns mitten in einem Strukturwandel, bedingt durch z.B. Online-Handel, Digitalisierung oder den demografischen Wandel. HGTV, T&M, Pro Gmünd und andere haben sich intensiv mit der Problematik auseinandergesetzt, um gezielt Strukturen zu entwickeln, die den Handel strategisch unterstützen können. Eine gemeinsame Onlineplattform wurde bereits gestartet. Nun soll es noch eine Anlaufstelle und einen "Kümmerin" (zu je 50% vom HGTV und der Stadt finanziert) geben, als direkte Ansprechpartnerin und Beraterin der einzelnen Unternehmen. Darüber hinaus hat sich ein Lenkungsausschuss konstituiert, der ein breites Netzwerk mit allen Innenstadtakteuren vorantreiben soll.

Die SPD-Fraktion begrüßt, dass nun endlich Bewegung in die strategische Unterstützung von Handel und Gastronomie gekommen ist. Der Finanzierung einer 50%-Stelle und das Angebot des Servicepoints Handel, Gastronomie und Dienstleistungen unterstützen wir ausdrücklich.

Sehr geehrte Herren und Damen,
ob Deutschland die Ziele zur Treibhausgasminde rung einhalten kann, wird auch hier in Gmünd mitentschieden. Bis zum Jahr 2030 soll der Treibhausgasausstoß um 55% gegenüber dem Jahr 1990 reduziert werden. Ein notwendiges aber auch ambitioniertes Ziel.

Klimaschutz muss endlich als Querschnittsaufgabe verstanden werden, denn er findet nicht in eng umschriebenen Räumen statt, sondern ist Bestandteil des täglichen Miteinanders. Dafür, Herr Oberbürgermeister, ist die Bürgerschaft zu sensibilisieren.

Die Stadt Ulm hat sich mit ihrem Engagement im Sektor erneuerbare Energie und dem Einsatz umweltfreundlicher Technologien große Verdienste erworben. Bereits 2012 wurde Ulm von der Agentur für Erneuerbare Energien zur "Energie-Kommune des Monats" ausgezeichnet. Seitdem wurde der Ausbau von Photovoltaik- und Solarthermie-Anlagen kontinuierlich gefördert. Darüber hinaus gibt es eine Klimakampagne "Tu, was Du kannst". Hier werden Menschen vorgestellt, die sich vorbildlich für Klimaschutz einsetzen, die "tun, was sie können".

Herr Oberbürgermeister, auch Schwäbisch Gmünd sollte zu einer Vorzeigekommune in Sachen Klimaschutz werden. Daher würden wir uns freuen, wenn Sie den Ulmer Oberbürgermeister, Herrn Gunter Czisch, zu einem Vortrag über die Ulmer Aktivitäten zum Klimaschutz und über erneuerbare Energien einladen würden, um der Debatte hier in Gmünd wieder neue Impulse zu geben.

Um schon heute ein Signal zu setzen, beantragt die SPD-Fraktion, dass für künftige Neubaugebiete die Nutzung von Photovoltaik und Solarenergie zwingend vorgeschrieben wird.

Wir stellen einen entsprechenden NHW Antrag B4.

Am 10. April 2019 waren Vertreter von "Fridays for future" im Gemeinderat und haben ihre Vorstellungen für eine wirksame Strategie zur Erreichung der Pariser Klimaschutzziele vorgestellt. Als Grundlage für weitere Maßnahmen mahnten sie eine genaue Analyse über den Ausstoß an Treibhausgasen in Schwäbisch Gmünd an. Seitdem ist nicht viel passiert. Zwar hat die Verwaltung eine Darstellung der Werte auf Basis des Quellenprinzips vorgestellt, was von der SPD-Fraktion aber als nicht zielführend bewertet wird, da das Quellen- oder Territorialprinzip auf kommunaler Ebene zu erheblichen Verzerrungen in den Treibhausgasbilanzen führt.

Die SPD-Fraktion beantragt, eine aktuelle Treibhausgasbilanz der Stadt Schwäbisch Gmünd auf Basis des Verbraucherprinzips zu erstellen. Die Erstellung der aktuellen Bilanz soll auch der Kontrolle, der im integrierten Klimaschutzkonzept von 2020 verabschiedeten Ziele, dienen.

Wir stellen einen NHW Antrag B5.

Der Gemeindetag Baden-Württemberg hat dieses Jahr die Aktion "1000 Bäume für 1000 Kommunen" gestartet. Am Ende soll es in Baden-Württemberg eine Million neuer Bäume geben.

Die SPD-Fraktion beantragt für Gmünd eine Teilnahme an diesem Projekt und bittet darum, nicht nur Waldbäume bei dieser Aktion zu pflanzen, sondern auch im Stadtgebiet die Baumquartiere wieder zu ersetzen, welche in den letzten Jahren z.B. in der Klarenbergstraße oder der Innenstadt "verloren" gegangen sind. Das Ziel sind 30.000 neue Bäume auf Gmünder Gemarkung.

Dafür sind jährlich 20.000 € zusätzlich im Haushalt einzusetzen.

Wir stellen einen entsprechenden HW Antrag A2.

Das Ziel des Gemeindetages, dass auch die Bevölkerung angesprochen wird und sich möglichst tatkräftig oder in Form von Baumspenden an der Aktion beteiligt, unterstützen wir ausdrücklich. Laut Gemeindetagspräsident Roger Kehle, könnten durch diese Aktion rund 4.300 Tonnen CO₂ jährlich gebunden werden.

Für die SPD-Fraktion darf ich ankündigen, dass von jedem Fraktionsmitglied ein Baum gespendet und gesetzt werden wird.

Verkehr

Der Lärmaktionsplan, der letzte Woche im BuA vorgestellt wurde, hat aufgezeigt, dass es vieler einzelner Maßnahmen bedarf, um die Bürgerinnen und Bürger vom alltäglichen Verkehrslärm zu entlasten.

Eine Mobilitätswende ist einzuleiten. Dazu gehört, dass sich der ÖPNV passgenauer an den Bedürfnissen der Nutzer orientiert und geprüft wird, ob die Mobilitätspunkte für den Umstieg vom Auto zum Bus an der richtigen Stelle geplant oder umgesetzt sind.

Diese Diskussion muss auch mit den Busunternehmen geführt werden. Der Vollverbund ist im Januar gestartet und wir hoffen, dass spätestens bis zum Herbst schon gute Ergebnisse vorliegen und auch die Gestaltung der Ticketpreise gelöst werden kann. Wir erwarten, dass noch 2020 die Ermäßigung für Senioren, Schüler und Studenten auf den Weg gebracht wird und 2021 die Umsetzung des 365-Euro-Tickets. Nur wenn der Busverkehr gut getaktet und auch preisgünstig ist, wird er auch angenommen werden.

Für die Verbesserung des Radverkehrs, auch für schnelle Radwege fehlt es aus Sicht der SPD-Fraktion immer noch an einer guten Gesamtkonzeption. Das betrifft sowohl die Radwegführung als auch die Radabstellanlagen.

Für Radwege und Schutzstreifen sind rund 170.000 Euro (mit Anteil für B 298) und für Radabstellanlagen 220.000 Euro im Haushalt eingestellt. Das ist erst mal mehr, als in vielen Jahren zuvor, aber angesichts der riesigen Aufgabe eine geringe Summe.

Der motorisierte Individualverkehr, also die Fahrt mit dem eigenen PKW hat immer noch den den größten Platzbedarf im öffentlichen Raum und benötigt auch die höchsten Investitionen. Für 2020 handelt es sich um rund 10 Mio. Euro. Daran wollen wir aufgrund des hohen Sanierungsbedarfs festhalten. Diese Investition in die Straßeninfrastruktur ist notwendig und bringt für die Bürger Erleichterung und auch Entlastung vom Verkehrslärm. Auch die Umleitung des Schwerlastverkehrs aus engen Ortsdurchfahrten muss gelöst werden.

Aber - und das hat die Stadtverwaltung selbstverständlich richtig erkannt -, der Einstieg in den Umstieg muss zügig vorankommen. Hier spielen ein guter ÖPNV, SPNV und auch die Radwegeplanung eine wichtige Rolle. Hier müssen wir vorankommen.

Ich bitte um eine Information darüber, wann die seit Oktober 2019 laufende Verkehrsuntersuchung abgeschlossen sein wird und Ergebnisse vorliegen.

Abschließend möchte ich betonen, dass **Fußgänger, Radfahrer und Autofahrer absolut gleichwertige Teilnehmer am Straßenverkehr** sind. Dies ist nicht immer im Bewusstsein aller Verkehrsteilnehmer, deshalb müssen Bürger und auch Verwaltungen dafür deutlich stärker sensibilisiert werden.

Liebe Kollegen und Kolleginnen des Gemeinderates, das Engagement der Mitglieder unserer **freiwilligen Feuerwehr** kann man gar nicht oft genug loben. Sie verbringen unzählige Stunden im Feuerwehrhaus und bei Einsätzen. Auch die Ausbildung und Fortbildung ist oftmals ausgesprochen anstrengend. Davon konnten wir uns bei unserem Besuch kürzlich im Florian persönlich überzeugen. Die Mitglieder der Feuerwehr setzen sich tagtäglich für unser aller Sicherheit ein. Für die SPD-Fraktion möchte ich dafür ein großes DANKESCHÖN aussprechen.

Für Fahrzeuge, digitale Alarmierung und andere Ausrüstungsgegenstände werden in 2020 geplant rund 1,3 Mio. Euro eingesetzt. Eine große aber gut investierte Summe.

Wir wissen alle, dass die räumliche Situation im Florian ausgesprochen bescheiden ist. Im Florian wäre ungefähr die doppelte Fläche notwendig, um den Anforderungen einer zeitgemäßen Aufgabenerfüllung gerecht zu werden. Seit Jahren konnten wir hieran nichts ändern. Und wahrscheinlich wird auch 2020 nicht viel passieren. So kann es aber nicht weitergehen!

Denn - die FFW Schwäbisch Gmünd hat einen Wunsch. 2031 kann die Gmünder Feuerwehr ihren 200. Geburtstag feiern. Dieses Fest möchten sie gern im neuen Florian begehen. Mit Blick auf die städtischen Finanzen, ein ambitioniertes Ziel.

Herr Oberbürgermeister, Verwaltung und Gemeinderat sollten sich ins Zeug legen. Elf Jahre sind ruck zuck rum und für ein Projekt dieser finanziellen Größenordnung auch keine lange Zeiteinheit. Packen wir's an!

Ich bitte die Verwaltung um umfassende Informationen zum Stand der Vorplanungen noch deutlich vor der Sommerpause und um die Erstellung eines Projektplanes zur Umsetzung. Für die Finanzierung werden mögliche Fördermöglichkeiten angefragt und auch alternative Finanzierungskonzepte überlegt.

Sport

Für die Investitionen in den Bereich Sport sind rund 2,2 Mio. Euro vorgesehen. Vor allem in die Sporthalle in der Katharinenstraße und in den neuen Sportplatz Laichle soll investiert werden.

Voraussetzung für die Gesamtmaßnahme "Sportpark Laichle" ist für den TSB die Veräußerung des Geländes an der Buchstraße. Wir hoffen, dass dies baldmöglichst

abgeschlossen werden kann, denn der Sportpark Laichle ist eine gute Zukunftsvision für den Verein, die Stadt und die Region.

Herr Oberbürgermeister,
in der Stadt gibt es seit Jahren eine aktive Skaterszene am Bahnhof, aber leider keine Skateanlage. Nachdem die Gestaltung der MTB-Strecke gemeinsam mit jungen Menschen im letzten Jahr sehr erfolgreich war, würden wir es begrüßen, wenn die Stadtverwaltung nun gemeinsam mit der Jugendinitiative SK8GD konkrete Verbesserungen für die Skater planen und umsetzen würde. Unser Vorschlag wäre auch, zu prüfen, ob eventuell Teile der Anlage am Scheffold-Gymnasium für eine neue Anlage Verwendung finden könnten. Die SPD-Fraktion begrüßt das Engagement der Jugendlichen und möchte sie bei der Ausübung ihres Sports unterstützen.

Die SPD-Fraktion stellt hierzu einen **HW Antrag A3**.

Um die Sanierung des Hallenbades ist es still geworden. Obwohl das Nichthandeln hohe zusätzlichen Betriebskosten, wie auch den Ausstoß vermeidbarer Treibhausgase verursacht, können wir zur Zeit nicht in neue Planungen einsteigen.

Uns fehlt schlicht und ergreifend das Geld. Auch dieses Thema gehört in die AG Standort GD 2030.

Erinnerungskultur

Der SPD-Fraktion ist eine Kultur der Erinnerung wichtig – nicht nur an Tagen wie dem 27. Januar 2020, als wir an die Befreiung von Auschwitz erinnert haben.

Es gibt aber auch eine negative Kultur, eine Unkultur der Erinnerung. Die Benennung von Straßen nach Nazi-Größen gehört dazu. Eine „Franz-Konrad-Straße“ kann es deshalb in unserer Stadt zukünftig nicht mehr geben. Das gehört geändert, und zwar sofort, denn eine Ehrungs- und Repräsentativfunktion darf Franz Konrad, einem überzeugten Militaristen und opportunistischem Teil der NS-Tötungsmaschinerie nicht weiter zukommen.

Die SPD-Fraktion beantragt, die "Franz-Konrad-Straße" in „Lina-Haag-Straße“ umzubenennen.

Lina Haag war Widerstandskämpferin gegen das NS-Regime.

Als Kommunistin und Ehefrau des KPD-Landtagsabgeordneten Alfred Haag musste Lina Haag früh erfahren, wie gnadenlos politisch Andersdenkende von den Nationalsozialisten verfolgt wurden.

Am 10. Februar 1933 nahmen SA-Männer Alfred Haag in seiner Wohnung in Schwäbisch Gmünd fest. Am 28. Februar, als der Reichstag brannte, wurde auch Lina Haag verhaftet. Nach kurzer Freilassung wurde sie am 10. April 1933 erneut in „Schutzhaft“ genommen und in das Frauenstrafgefängnis Gotteszell eingeliefert, aus dem sie erst am 21. Dezember 1933 entlassen wurde. Im Mai 1936 wurde Lina Haag aufgrund ihrer fortgesetzten Arbeit für die KPD erneut festgenommen und nach Stuttgart ins Hotel Silber gebracht. Erst im April 1939 wurde sie aus dem KZ Lichtenburg bei Torgau entlassen. Die Zeit ihrer Inhaftierung in verschiedenen Gefängnissen und Konzentrationslagern hielt Lina Haag in langen Briefen an ihren Mann fest. Die Briefe wurden unter dem Titel "Eine Hand voll Staub" publiziert.

2007 erhielt Lina Haag den Dachau-Preis für Zivilcourage. Dieser Preis wurde 2005 von der Stadt Dachau erstmalig und anschließend alle zwei Jahre vergeben. Mit diesem Preis ehrt die Stadt Personen, "die sich mit Mut, Phantasie und Engagement für die Rechte von Verfolgten und diskriminierten Minderheiten" eingesetzt haben.

NHW Antrag B5.

"Archive sind das Gedächtnis einer Gesellschaft - für Gutes und für Böses", so

Heribert Prantl.

Herr Dr. Schnur, bei Ihnen wissen wir dieses Gedächtnis in guten Händen. Sie haben in den letzten knapp zwei Jahren Ihrer Tätigkeit hier im Gmünder Stadtarchiv Beachtliches geleistet.

Dazu gehören mehrere Publikationen. Historische Pergamenturkunden wurden digitalisiert, im Internet eingestellt und damit weltweit kostenlos nutzbar gemacht. Für das Gmünder Stadtarchiv ein Alleinstellungsmerkmal. Ein Hochleistungsscanner unterstützt Sie und ihr Team bei der weiteren Digitalisierung des städtischen Gedächtnisses. Damit werden die Akten allen geschichtlich interessierten Bürgern und den Schulen leichter zugänglich gemacht, man kann sie auf dem USB-Stick kopieren und weiter bearbeiten.

In 2020 soll das Stadtarchiv um eine Personalstelle erweitert werden. Gern hätten wir für das Stadtarchiv Weiteres beantragt, vor allem auch andere Räumlichkeiten, aber das lassen unsere städtischen Finanzen zur Zeit nicht zu.

Herr Dr. Schnur, im Namen der SPD-Fraktion darf ich Ihnen für Ihre Arbeit ein großes Lob aussprechen und dafür danken, dass Sie jederzeit als Ansprechpartner zur Verfügung stehen.

Unser **Museum**, das drittälteste Baden-Württembergs, feiert 2026 sein 150jähriges Bestehen. Ein Museum, das von seinen Bürgern getragen wird, wie auch die Schenkung des Bildes von Marc Chagall, "Le Village Rouge" beweist.

Frau Dr. Boosen hat sich in den letzten Jahren der Pflege und Erweiterung der Kunstsammlung mit viel Liebe und Sachkenntnis gewidmet. Sie hat auch die Neukonzeption der Räume prägend mitgestaltet. Wir danken Frau Dr. Boosen und wünschen ihr für ihren Ruhestand alles Gute, Gesundheit und viele schöne Stunden in ihrem Museum.

Ihrem Nachfolger, Herrn Dr. Tillmann, wünschen wir viel Erfolg und vor allem Kreativität in der Weiterentwicklung der Sammlung und auch bei den Vorbereitungen für das Jubiläumsjahr.

Ein besonderes Jubiläum stand am letzten Wochenende an. Die **Erika-Künzel-Stiftung** feierte ihren zehnten Geburtstag. Eine segensreiche Stiftung für die musikalische Bildung und Ausbildung junger Menschen in unserer Stadt. Dank des großzügigen Erbes konnten rund 500.000 Euro seit Gründung ausgeschüttet werden. Auch Herrn Gramm, dem Leiter unserer Musikschule möchten wir dafür danken, dass er mit großer Sachkenntnis und stets auch mit Geduld, die Diskussionen um die richtigen Projekte im Stiftungsvorstand begleitet.

Das kulturelle Geschehen in unserer Stadt ist natürlich deutlich weitgefächerter, als ich es heute aufzeigen konnte. Die Jugendkunstschule, eine noch junge Perle unserer Kulturlandschaft, die Stadtbibliothek, die Musikschule, das Kolping-Musiktheater, Musical Factory, Schattentheater, Kunstverein, die Kulturschaffenden im Stadtverband Musik und Gesang bieten einen großen bunten Blumenstrauß kultureller Angebote in unserer Stadt - hier kann jeder etwas finden, was Freude bereitet. Danke dafür.

Herr Oberbürgermeister, liebe Gemeinderatskollegen und -kolleginnen,

Mit dem Jahr 2020 beginnt haushaltstechnisch eine neue Zeit für die Stadt Schwäbisch Gmünd. Die Verwaltungssteuerung soll sich nun konkret an vorgegebenen Zielen orientieren. Aufwendungen und Erträge sollen dem Haushaltsjahr zugeordnet werden, in dem sie tatsächlich entstehen.

Das Ziel: Der Ressourcenverbrauch einer Generation soll durch diese Generation auch erwirtschaftet werden.

Ein Paradigmenwechsel!, der uns noch intensiv beschäftigen wird.

Obwohl Gmünd in den letzten fünf Jahren den Schuldenstand um rund 26 Mio. € reduziert hat, erscheinen allein im Kernhaushalt immer noch 77 Mio.€ zum Jahresende in der Bilanz. Gleichzeitig besteht ein riesiger Investitionsstau bei z.B. Schulen, Kinderbetreuung und Verkehrsinfrastruktur. Obwohl in den letzten Jahren stets rund 25 Mio. Euro in die Infrastruktur investiert wurden.

Zum einen muss festgestellt werden, dass wir in den letzten Jahren, Jahrzehnten auf Kosten der nachfolgenden Generationen gelebt haben und zum anderen stehen wir vor der Situation, dass die Einnahmen des Ergebnishaushaltes weiterhin nicht mit dem Ausgabenzuwachs mithalten können.

Für diese Situation ist nicht allein die Stadt verantwortlich zu machen. Herr Oberbürgermeister, ja, die Kommunen müssen für ihre enormen Leistungen in Daseinsfürsorge, Modernisierung der Infrastruktur und die Anforderungen an zeitgemäße gesellschaftliche Lebensformen finanziell ausreichend ausgestattet werden, da stehen wir im Gemeinderat ohne wenn und aber an Ihrer Seite.

In Ihrer Haushaltsrede, Herr Oberbürgermeister, haben Sie die AG "Standort GD 2030" angekündigt. Ich denke, da kommt viel Arbeit auf alle Beteiligten zu. Ich bitte darum, dass diese Arbeitsgruppe baldmöglichst startet, denn das erste Quartal des Jahres 2020 ist ja schon fast vorbei.

Die Hausaufgaben, die uns das RP aufgegeben hat, wie z.B. die Neubewertung und Priorisierung der Investitionen bis 2023 sollten wir zügig in Angriff nehmen.

Ich denke, dass auch die Investitionen für das Jahr 2020 nochmal auf den Prüfstand gehören. Auch unter dem Aspekt, dass die Investitionen in Baumaßnahmen von rund 32 Mio. Euro mit den vorhandenen personellen Ressourcen wohl kaum zu schaffen sind.

Für 2020 ist ein Abschmelzen des Finanzierungsmittelbestandes um 21 Mio. Euro im Haushalt geplant. Das entspricht einer Minderung der Rücklagen von rund 70%. Dieser Aderlass schränkt die Gestaltungsmöglichkeiten für die kommenden Jahre gewaltig ein und sollte so auch nicht realisiert werden.

Kreditaufnahmen sind keine Alternative. Da gibt es allerdings unterschiedliche Auffassungen - auch in der SPD-Fraktion. Wir haben 2015 ein Schuldenabbaukonzept auf den Weg gebracht, dass, auch in rauer See, nicht gleich über Bord geworfen werden sollte, denn die Argumente für eine konsequente Entschuldung sind heute, wie vor fünf Jahren, die gleichen.

Die SPD-Fraktion stellt als Verbesserung für den Haushalt folgende Anträge:

1. Der Hebesatz für die Grundsteuer B wird bereits in 2020 um 40 Punkte auf 470 v. H. erhöht. Dies erscheint uns angesichts der letzten Erhöhung vor 10 Jahren vertretbar und würde Mehreinnahmen von rund 1 Mio. Euro bringen.

HW Antrag A4.

2. Der Hebesatz für die Gewerbesteuer wurde zuletzt in 2011 auf 380 v.H. angepasst. In 2020 soll der Hebesatz um 10 Punkte auf 390 v.H. angehoben werden. Dies würde nach aktuellen Berechnungen rund 700.000 Euro Mehreinnahmen bedeuten.

HW Antrag A5.

Sehr geehrter Herr Bantel, liebe Frau Sättele, lieber Herr Ringel, Ihnen und dem gesamten Team in der Kämmerei gebührt heute das dickste Lob des Tages. Beim Durcharbeiten des Haushaltes ist uns vollends bewußt geworden, welcher Kraftakt für die Umstellung des Haushaltes von der Kameralistik auf die Doppik vonnöten war und noch ist.

Ganz persönlich möchte ich mich bei Ihnen, Herr Bantel, bedanken, für Ihre große Bereitschaft alle Fragen rund um den Haushalt stets mit großer Ruhe, Freundlichkeit und natürlich Sachkompetenz zu beantworten.

Ihrem ganzen Team sagen wir ein großes DANKESCHÖN.

Auch beim Bürgermeisterteam und bei Ihnen Herr Ott bedanken wir uns für Ihren Einsatz rund um die Aufstellung des Haushalts sehr herzlich.

Verehrte Herren und Damen,
die 20er Jahre werden wohl auch in diesem Jahrhundert ein Jahrzehnt des Umbruchs und der Neuorientierung, jedoch,

"... jedem Anfang wohnt ein Zauber inne,

...

Nur wer bereit zu Aufbruch ist und Reise ,
mag lähmender Gewöhnung sich entrafen."

(Aus dem Gedicht "Stufen" von Hermann Hesse)

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

A. Haushaltswirksame Anträge:

- A1. Gute Bildung fängt in der Kita an! - Deshalb Gebühren abschaffen!
Die gebührenfreie Kinderbetreuung ist gut für unsere Kinder, unsere Familien und unsere Stadt. Durch die Abschaffung dieser Gebühren werden Familien effektiv entlastet. Durch die Unterstützung des Landes, wird es auch für finanzschwächere Kommunen möglich, eine beitragsfreie Kinderbetreuung zu gewähren.
Für Schwäbisch Gmünd wollen wir einen ersten Schritt gehen.

Die SPD-Fraktion beantragt

Beitragsfreiheit für eine Betreuung von 25 Wochenstunden für Kinder ab 3 Jahren. **Täglich fünf Stunden Betreuung zum Nulltarif.**
Die Gebührenbefreiung soll ab dem Kindergartenjahr 2020/21 gelten.

Laut Auskunft der Stadtverwaltung erheben wir in Gmünd für die Betreuung von Kindern in Ü3- und U3-Betreuung Elternbeiträge von rund 3.012.869 Euro. **Eltern zahlen für Kinder in Ü3-Betreuung einen Betrag von jährlich rund 2 Mio. Euro.** Das heißt, um knapp zwei Mio. Euro würden sich die Einnahmen der Betreuungseinrichtungen vermindern. Da wir für das Kitajahr 2020/21 nur eine Beitragsfreiheit für 5 x 5 Stunden beantragen, würden für verlängerte Öffnungszeiten wieder Elternbeiträge hinzukommen. Die konkreten Beträge wird uns die Verwaltung sicher noch zur Verfügung stellen können.

Wenn das Land seine Hausaufgaben erledigt und endlich in die Gebührenfreiheit einsteigt, wird es für die Stadt Schwäbisch Gmünd, keine finanziellen Nachteile geben.

- A2. Der Gemeindetag Baden-Württemberg hat dieses Jahr die Aktion "1000 Bäume für 1000 Kommunen" gestartet. Am Ende soll es in Baden-Württemberg eine Million neuer Bäume geben.
Die SPD-Fraktion beantragt für Gmünd eine Teilnahme an diesem Projekt und bittet darum, nicht nur Waldbäume bei dieser Aktion zu pflanzen, sondern auch im Stadtgebiet die Baumquartiere wieder zu ersetzen, welche in den letzten Jahren z.B. in der Klarenbergstraße oder der Innenstadt "verloren" gegangen sind. Das Ziel sind 30.000 neue Bäume auf Gmünder Gemarkung.
Dafür sind jährlich 20.000 € zusätzlich im Haushalt einzusetzen.
- A3. Für die aktive Skaterszene am Bahnhof wird eine Skateanlage geplant und umgesetzt. Es sollte auch geprüft werden, ob eventuell Teile der Anlage am Scheffold-Gymnasium für eine neue Anlage Verwendung finden könnten.
Wir bitten die Verwaltung, mit der Jugendinitiative SK8GD Gespräche aufzunehmen und das weitere Vorgehen gemeinsam zu planen.
Finanzielle Mittel sind in ausreichender Höhe im Haushalt 2020 einzustellen.
- A4. Der Hebesatz für die Grundsteuer B wird bereits in 2020 um 40 Punkte auf 470 v. H. erhöht. Dies erscheint uns angesichts der letzten Erhöhung vor 10 Jahren vertretbar und würde Mehreinnahmen von rund 1 Mio. Euro bringen.
- A5. Der Hebesatz für die Gewerbesteuer wurde zuletzt in 2011 auf 380 v.H. angepasst. Für 2020 beantragt die SPD-Fraktion, den Hebesatz für die Gewerbesteuer um 10 Punkte auf 390 v.H. zu erhöhen.
Dies würde nach aktuellen Berechnungen rund 700.000 Euro Mehreinnahmen bringen.

B. Nicht haushaltswirksame Anträge:

- B1. Künftige städtische Projekte oder Baugebiete werden auf ihre Vereinbarkeit mit Zielen des Klimaschutzes frühzeitig vor Entscheidungen diskutiert. Für die Beratung von Gemeinderat und Verwaltung wird ein Klimabeirat eingerichtet, der bereits im Vorfeld von Entscheidungen in die Diskussion einbezogen wird. Diesem Beirat gehören neben Vertretern der Verwaltung und des Gemeinderates Vertreter der Naturschutzverbände an. Der Klimabeirat hat ausschließlich beratende Funktion.
- B2. Die Vergabe von Baugrundstücken an Investoren wird an die Erstellung von **mindestens 25% sozial gebundenem Mietwohnraum** im jeweiligen Projekt gekoppelt.
Alternativ könnte dieses Ziel auch erreicht werden, wenn eine sozialverträgliche Mietobergrenze für mindestens 10 Jahren vertraglich festgelegt wird.
Die Vorgabe ist mittels eines städtebaulichen Vertrags zu regeln.
- B3. Bis zur Sommerpause 2020 wird eine umfassende Unterrichtung mit Aussprache über die Aktivitäten und Ziele der städtischen Wohnungsbaugesellschaft (VGW) auf die Tagesordnung des Gemeinderates gesetzt.
- B4. Ob Deutschland die Ziele zur Treibhausgasminde rung einhalten kann, wird auch hier in Gmünd mitentschieden. Bis zum Jahr 2030 soll der Treibhausgasausstoß um 55% gegenüber dem Jahr 1990 reduziert werden. Ein notwendiges aber auch ambitioniertes Ziel.
Als Gmünder Beitrag zur Zielerreichung beantragt die SPD-Fraktion:
Für künftige Neubaugebiete wird die Nutzung von Photovoltaik und Solarenergie zwingend vorgeschrieben wird.
- B5. Die Stadtverwaltung wird mit der Erstellung einer detaillierten Treibhausgasbilanz für Schwäbisch Gmünd beauftragt. Die Bilanzierung soll auf Basis des Life Cycle Assessments (Verbraucherprinzip) stattfinden, da das Quellen- oder Territorialprinzip auf kommunaler Ebene nicht wirklich sinnvoll ist. Zudem soll über die Entwicklung der Treibhausgasemissionen diskutiert werden können, mit ausreichender Vorbereitungszeit für die Stadträtinnen und Stadträte.
Diese Bilanz soll schnellstmöglich von der Stadtverwaltung dem Gemeinderat in öffentlicher Sitzung vorgelegt werden.
Begründung:
Das angewandte Territorial- / Quellenprinzip führt zu erheblichen Verzerrungen der Treibhausgasbilanzen auf kommunaler Ebene. Deshalb fordert die SPD-Fraktion eine auf dem Verursacherprinzip basierende Treibhausgasbilanz, die die einzelnen Sektoren, die Gesamtmenge und die pro Kopf Emissionen beinhaltet. Nur so kann eine realistische Datengrundlage für die Treibhausgasentwicklungen in Schwäbisch Gmünd geschaffen werden. Die Treibhausgasbilanz soll auch der Kontrolle, der im integrierten Klimaschutzkonzept von 2020 verabschiedeten Ziele, dienen.
- B6. **Die SPD-Fraktion beantragt, die "Franz-Konrad-Straße" in „Lina-Haag-Straße“ umzubenennen.**

Lina Haag war Widerstandskämpferin gegen das NS-Regime.

Als Kommunistin und Ehefrau des KPD-Landtagsabgeordneten Alfred Haag musste Lina Haag früh erfahren, wie gnadenlos politisch Andersdenkende von den Nationalsozialisten verfolgt wurden.

Am 10. Februar 1933 nahmen SA-Männer Alfred Haag in seiner Wohnung in Schwäbisch Gmünd fest. Am 28. Februar, als der Reichstag brannte, wurde auch Lina Haag verhaftet. Nach kurzer Freilassung wurde sie am 10. April 1933 erneut in

„Schutzhaft“ genommen und in das Frauenstrafgefängnis Gotteszell eingeliefert, aus dem sie erst am 21. Dezember 1933 entlassen wurde. Im Mai 1936 wurde Lina Haag aufgrund ihrer fortgesetzten Arbeit für die KPD erneut festgenommen und nach Stuttgart ins Hotel Silber gebracht. Im April 1939 wurde sie aus dem KZ Lichtenburg bei Torgau entlassen. Diese Zeit und ihre Inhaftierung in verschiedenen Gefängnissen und Konzentrationslagern hielt Lina Haag in langen Briefen an ihren Mann fest. Die Briefe wurden unter dem Titel "Eine Hand voll Staub" publiziert

2007 erhielt Lina Haag den Dachau-Preis für Zivilcourage. Dieser Preis wurde 2005 von der Stadt Dachau erstmalig und anschließend alle zwei Jahre vergeben. Mit diesem Preis ehrt die Stadt Personen, "die sich mit Mut, Phantasie und Engagement für die Rechte von Verfolgten und diskriminierten Minderheiten" eingesetzt haben